

Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

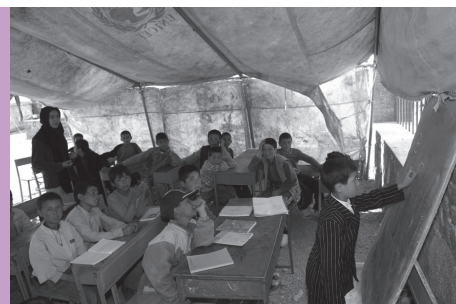
„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegursachen** mitzuwirken.“

Mehr Infos im Internet: www.h-m-v-bildungswerk.de, www.no-militar.org, www.bundeswehrabschaffen.de, www.dfg-vk.de, www.forumzfd.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, und in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, Tel. 089 89623446 (Di.-Do. 11-17 Uhr).
Geschäftsführung: Thomas Rödl (V.i.S.d.P.)
Text: Joachim Schramm, Kai-Uwe Dosch
Redaktion und Layout: Kai-Uwe Dosch

Wir bitten um Spenden an das H.-M.-Vogel-Bildungswerk, IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00, BIC: GENODEM1GLS. Spenden sind steuerlich absetzbar.

sondern auch auf der Ausbildung, Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu arbeitet das forumZFD auch mit staatlichen Stellen zusammen und wird durch diese gefördert. (www.forumzfd.de)



Vom Militär gebaute Schule in Afghanistan – ein Feigenblatt! (NATO)

Alle deutschen Träger des Zivilen Friedensdienstes zusammen haben in den letzten zehn Jahren über 350 Friedensfachkräfte in über 180 Projekte in über 40 Ländern der Welt entsendet. Das forumZFD selbst führt derzeit mehrere Einsätze im Nahen Osten (zur Förderung der Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern), im westlichen Balkan und in Südostasien (zur Nachsorge der Kriegsfolgen) durch.

Aktiv werden für nicht-staatliche ZKB!

Es gibt drei Arten des Engagements für ZKB. Der wichtigste Einsatz ist auch der schwierigste: Der Friedensdienst benötigt natürlich Friedensfachkräfte, die sich persönlich ausbilden und entsenden lassen. Eine Ausbildung bietet zum Beispiel die Akademie für Konflikttransformation des forumZFD an, ein möglicher Einsatz fände zum Beispiel beim NP-Projekt in Südsudan statt. Doch für diesen „Job“ sind klare Voraussetzungen zu erfüllen. So sollten InteressentInnen beruflich vorqualifiziert sein. Sie müssen teamfähig sein, Fremdsprachen beherrschen und möglichst Erfahrungen mit anderen Kulturen haben sowie ein Mindestalter erreicht haben.

Neben dem direkten Einsatz ist auch politisches Engagement zwingend notwendig. Sowohl der weiteren Öffentlichkeit als auch der Politik selbst ist das Potenzial der ZKB nicht bekannt und bewusst genug. Kleine Gruppen vor Ort können also entweder verschiedene Veranstaltungen organisieren, um dies zu bewerben. Oder sie können auch aktives Lobbying betreiben, um die Abgeordneten ihres Wahlkreises zur Unterstützung zu gewinnen (z.B. für das Konzept des Zivilen Peacekeepings).

Schließlich bleibt jenen, die weder das eine noch das andere realisieren können, die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung. So kann man z.B. Sponsoring-Veranstaltungen organisieren oder aber direkt spenden bzw. Fördermitglied werden.

ZKB als Alternative zu Krieg und Gewalt!

2004 hat noch die rot-grüne Koalition ein Gesamtkonzept und einen Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ verabschiedet. Die nachfolgende Große Koalition hat bis 2015 vier Berichte zur Umsetzung dieses Aktionsplans vorgelegt. Sie sagt, dass dies „zentrale Politikfelder für die Bundesregierung“ sind. Die Kohärenz und Koordination aller beteiligten Ministerien, Gruppierungen und Regierungen soll gefördert werden. Leider wird Militär weiter als Bestandteil dieses Gesamtkonzeptes gesehen. Rechtswesen und Gesellschaft werden als wichtige Handlungsfelder, nichtstaatliche Organisationen als wichtige Akteure im Aktionsplan benannt. Es werden Infrastruktur und Instrumente zum Beispiel bei der Polizeihilfe oder der Friedensdienstausbildung entwickelt. So wird auch die Qualifizierung und Entsendung durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie Deutscher Entwicklungsdienst und forumZFD gefördert.

Dies ist eine Veränderung gegenüber Zeiten, in denen Alternativen zum Militär schlichtweg geleugnet wurden. Doch es gibt *noch keine Trendwende*. Die eingesetzten Finanzmittel sprechen eine deutliche Sprache: 2013 gab es 33,26 Mrd. € fürs Militär und 1,20 Mrd. € für die diversen Aktivitäten der ZKB!

Ein weiterer entscheidender Kritikpunkt ist die *Vermischung von militärischen und zivilen Maßnahmen und Instrumenten*. Diese werden nicht als konkurrierende, sich gegenseitig ausschließende Instrumente betrachtet. Zivile Konfliktbearbeitung soll dann „ergänzend“ zum Einsatz kommen, wenn das Militär seine Arbeit verrichtet hat und keine Mittel mehr weiß, den Konfliktparteien den Weg in eine friedliche Zukunft zu weisen. ZKB droht damit zum Lückenbüßer für die

mangelnden Fähigkeiten des Militärs zu werden. So kann es nicht funktionieren!

Zentrale Voraussetzung für ZKB ist die Vertrauensbasis zu den Konfliktparteien. Wie sollen Aktionen der ZKB aus einem Land auf Vertrauen stoßen, das kurz zuvor zumindest eine Konfliktpartei noch mit Militär bekämpft hat? Die wenigen vom Staat finanzierten Einsätze ziviler Friedensfachkräfte stehen auf verlorenem Posten, da sowohl ausreichend Geld als auch der ernsthafte staatliche Wille fehlt, hier alternative Wege zu gehen.

Zivil Handeln - Abrüsten!

Abrüstung und Entmilitarisierung sind die wichtigsten Schritte zur Verhinderung von Kriegen und Krisen!

Friedens- und entwicklungspolitische Gruppen müssen weiter Abrüstung einfordern und eigenständige Einsätze in Krisenregionen durchführen. Dabei kann sie jeder Einzelne finanziell und durch Mitarbeit unterstützen!

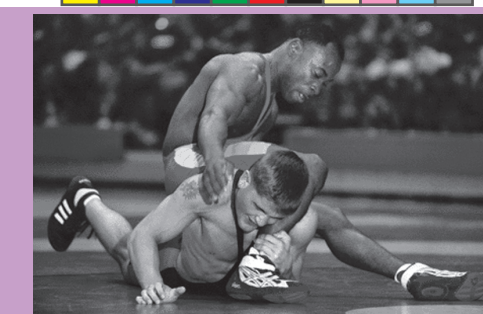
Ohne einen Wandel staatlicher Politik allerdings, ohne „Schritte zur Abrüstung“ gibt es langfristig keine effektive Zivile Konfliktbearbeitung:

- Die ZKB muss eindeutigen Vorrang vor militärischen Aktionen bekommen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind einzustellen.
- Die Mittel für ZKB müssen drastisch erhöht werden.
- Die Bundesrepublik muss sich aktiv für den Vorrang ziviler Maßnahmen und Strukturen einsetzen, in der EU, bei der OSZE und der UNO.

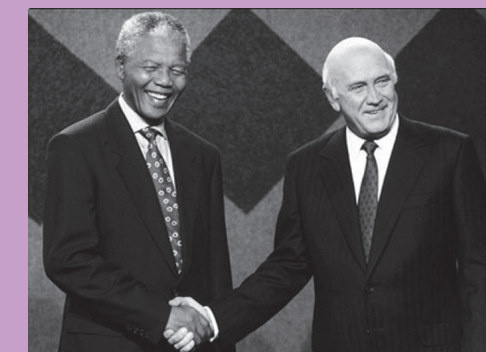
Friedensfachkräfte müssen gezielt ausgebildet werden. (forumZFD)



Staatliche Hilfe für ZFD-Maßnahmen muss ohne Rücksicht auf Machtinteressen gewährt werden.



Konflikte zivil bearbeiten!



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK

Gewalt löst keine Probleme – Konflikte zivil bearbeiten

Für die Kriege der westlichen Industriestaaten werden immer neue moralische Rechtfertigungen vorgebracht. Doch Krieg bleibt ein Verbrechen:

- Die Militäreinsätze fordern jeweils zahllose Opfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung.
- In Wahrheit geht es um Machtpositionen und wirtschaftliche Interessen.
- Positive Ziele werden mit den Militäreinsätzen nie erreicht: Im Irak wurde keine demokratische Regierung an die Macht gebracht, in Bosnien und Kosovo kein Weg zu einem neuen friedlichen Miteinander gefunden. Und auch der „Krieg gegen den Terror“ hat die Motive und Ursachen von Terroraktionen nicht beseitigt.

Die Ursachen, die zu Bürgerkriegen, zu Menschenrechtsverletzungen und zu Terror führen, können nicht mit Gewalt beseitigt werden. Seit Jahren sind vielfältige Instrumente und Methoden einer „Zivilen Konfliktbearbeitung“ entwickelt und praktisch angewendet worden.

Auseinandersetzungen zwischen und auch innerhalb von Staaten haben ihre jeweiligen Ursachen, die nur in einem längeren Prozess beseitigt werden können. Hier setzt die Zivile Konfliktbearbeitung an. Kurzfristig geht es darum, bei Konflikten die Gewaltanwendung zu verhindern bzw. wieder einzudämmen. Es geht darum, den Konfliktparteien nicht-militärische Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie ihre Konflikte austragen können.

Unter Kriegen leidet vor allem die Zivilbevölkerung. (wikimedia)



Dies setzt einen Prozess von Vertrauensbildung voraus, die Nachvollziehbarkeit einzelner Schritte durch die Konfliktparteien, eine neutrale Vermittlung durch Dritte. All das kann Militär nicht leisten. Waffen-



Wahlbeobachtung wie hier in Mazedonien schafft Vertrauen. (OSZE)

gewalt zerstört Vertrauen, teilt in Sieger und Verlierer, bewahrt Hass und Misstrauen, die bei nächster Gelegenheit wieder gewaltsam zum Ausbruch kommen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) ist eine Einflussnahme dritter Parteien in Krisen und Konflikte, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb einzelner Länder. Damit sollen die Konflikte unter der Berücksichtigung der Interessen aller Parteien geregelt oder gelöst werden. Dabei wird auf verletzendes und tödendes Gewalt verzichtet. Mittelfristiges Ziel ist auch eine „Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen“: der Aufbau von demokratischen politischen und sozialen Institutionen, die Probleme bearbeiten und durch wechselseitige Information, Dialog und Vermittlung dazu beitragen, Kompromisse und Übereinkünfte zu erzielen.

Die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung unterscheiden sich unter anderem nach ihrer Aufgabenstellung:

- Wenn möglich, sollen Konflikte im Vorfeld, also *präventiv*, eingegrenzt werden. *Methoden:* Präventive Diplomatie, Beobachtung und Frühwarnung bei Konfliktereignissen zur Gewaltein-schränkung, Vermittlung, Bildung von Pufferzonen, Begleitung von bedrohten Personen oder Organisationen.
- Ist ein Konflikt bereits eskaliert, geht es um die Senkung des Gewaltniveaus, die *Deeskalation*. *Methoden:* Vermittlung und Mediation, Vereinbarung und Überwachung von Waffenstillständen, Sanktionen als Druckmittel oder – im Gegenteil – als positive Hilfsangebote für den Fall einer Einigung.
- Anschließend geht es um die Nachsorge, die

Schaffung von Voraussetzungen zur zivilen Konfliktaustragung und Versöhnung in der Gesellschaft.

Methoden: Aufbau zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Strukturen, wirtschaftliche und andere Aufbauhilfe, Flüchtlingshilfe, Trainings in Gewaltfreiheit, Prozesse der Begegnung und Versöhnung, Wahl- und Menschenrechtsbeobachtung.

Ziel aller Maßnahmen ist es, das Gespräch und die Verhandlung zwischen den Konfliktparteien wieder möglich zu machen. Dies gilt sowohl für die Ebene der Führungsschicht der Konfliktparteien als auch für die einfachen Menschen beider Lager.

Staatliche und nicht-staatliche Formen der ZKB

Staatliche Formen der ZKB wenden bisher vor allem die UNO und – in Europa – die OSZE an. Aber auch einzelne Staaten können Instrumente der ZKB nutzen. Zu diesen Instrumenten gehören solche, die auch bei den Konfliktparteien die staatliche Ebene betreffen: Beobachtungsmissionen oder die Organisation vertrauensbildender Maßnahmen, die Durchführung von Verhandlungen und Runden Tischen. Fehlt bei den Konfliktparteien die Bereitschaft zur Entspannung, kann durch ein gezieltes Embargo Druck ausgeübt oder durch positive Hilfsangebote ein Anreiz geschaffen werden.

Solche durchaus erfolgreichen Missionen leiden unter chronischem Geldmangel. Deutschlands Beitrag zur OSZE etwa entspricht dem Gegenwert von drei Panzern, von denen die Bundeswehr Hunderte besitzt! Außerdem werden solche Missionen nur dann durchgeführt, wenn es den Interessen der mäch-

Verhandlungen sind z.B. auch im Darfur-Konflikt notwendig. (UNO)



tigen Mitgliedsländer entspricht.

Um diese Einschränkung durch staatliche Machtinteressen zu umgehen, haben *nicht-staatliche Organisationen* der Friedens- und Menschenrechtsbewegung eigene Projekte Ziviler Konfliktbearbeitung gestartet. Sie haben andere Handlungsmöglichkeiten als Staaten.

Organisationen der nicht-staatlichen ZKB

Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine 2002 gegründete, von zig Gruppen aus allen Kontinenten unterstützte internationale Organisation. NP setzt größere Teams mit ausgebildeten Friedensfachkräften aus der ganzen Welt auch in akuten Konflikten nicht nur zur Gewaltvermeidung, sondern auch zur Unterstützung lokaler Friedensgruppen und zur Deeskalation durch Dialog ein. (www.nonviolent-peaceforce.de)

Die wichtigsten Projekte liefen bzw. laufen in Südsudan, Sri Lanka und Philippinen, wo NP seit 2009 als erste NGO offizieller Partner eines internationalen Waffenstillstands-Monitoring-Teams ist.

peace brigades international (pbi) ist eine ähnliche internationale Organisation, die schon 1981 gegründet wurde und von Einzelmitgliedern in 18 Ländern getragen wird. pbi organisiert kleinere Freiwilligenteams zur gewaltverhindernden Begleitung gefährdeter lokaler AkteureInnen in der Menschenrechts- und Friedensarbeit. (www.pbideutschland.de)

Die meisten Projekte finden in Lateinamerika statt. In Mexiko ist pbi in den Bundesstaaten Chihuahua, Coahuila, Oaxaca und Guerrero aktiv. In Guatemala gab es schon von 1983 bis 1999 und wieder seit 2003 Einsätze. In Kolumbien arbeiten ca. 25 Freiwillige aus vielen Ländern in 3 Teams.

Das *Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD)* organisiert seit 1996 Friedensfachdienste. Sein Schwerpunkt liegt nicht nur auf den Einsätzen im In- und Ausland,



Begleitung gefährdeter Aktivisten als Prävention. (pbi)

Absender/in:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Ich bestelle:

St. Faltbl. „Ohne Waffen gegen die Nazis“

St. Faltbl. „Wozu Bundeswehr?“

St. Faltbl. „Krieg und Krise“

mehr Infos über „Zukunft Sichem - Abrüsten“

mehr Infos über die DFG-VK

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

**DFG-VK Bayern
Landesgeschäftsstelle
Schwanthalerstr. 133
80339 München**